

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,60, monatlich 1,20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telephon Nr. 926

Die Anzeigengebühren betragen für die sechsstellige Poststelle oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

## Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 25.

Donnerstag, den 30. Januar 1919.

26. Jahrg.

### Karl Kautskys Aktionsprogramm der Unabhängigen.

Als besondere Beilage zur „Freiheit“ veröffentlicht Karl Kautsky ein Aktionsprogramm, das er sich als Ergänzung und Erweiterung des Erfurter Programms denkt. Es ist noch nicht in programmatische Formen gegossen, sondern eher als lehrhafte Abhandlung gegeben; aber es wird keine große Mühe machen, den Hauptinhalt der Kautskyschen Darlegungen zusammenzufassen. Und wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir nach der ersten Durchsicht geneigt sind, dieses Programm ohne weiteres als Programm einer einheitlichen Sozialdemokratie anzunehmen und zur Richtschnur der sozialistischen Politik in der Uebergangszeit zu machen.

Kautsky stellt sich zunächst prinzipiell auf den Standpunkt der Demokratie. Er fordert weitgehende Selbstverwaltung der Staatsgemeinden und Landkreise, sowie der Provinzen im Rahmen der Staatsgesetze, das demokratische Parlament als höchstes Organ des Volkswillens. Auch gegen sein Verlangen nach schleunigster Auflösung des stehenden Heeres und Schaffung einer Volkswehr mit nur ganz wenigen Berufsoffizieren machen wir uns durchaus zu eigen — sobald der Friede beschlossen ist. Nur solange der Krieg noch fortdauert, und das ist heute namentlich im Osten der Fall, kann man das Heer nicht zer schlagen, ehe man ein neues hat. Jedenfalls steht in Kautskys Aktionsprogramm kein Wort von diktatorischen Zwischenzuständen, von Unabhängigen Freistaatspräsidenten wie Merges in Braunschweig oder Nisner in München, sondern nur von einem konsequenten Ausbau der Demokratie nach allen Richtungen. Darin vor allem pflichten wir Kautsky bei, und wenn Kautsky in der U. S. P. D. mit diesen Anschauungen herrsche, statt mit ihnen in einer hoffnungslose Minderheit zu sein, wäre die Parteispaltung morgen überwunden.

Kautsky wendet sich dann den Problemen der Wirtschaftsführung zu. Dazu sagt er sehr treffend:

„Noch dringlicher als die Frage der Produktionsweise ist die der Produktion selbst. Der Krieg hat die Produktion gewaltsam unterbrochen. Sie wieder zu beleben und in Gang zu bringen, ist unsere dringendste Aufgabe. Sie bildet die Vorbedingung jedes Versuchs einer Sozialisierung der Produktion.“

Diese ausgezeichneten Worte sollte man ständig allen entgegenhalten, die jetzt Hals über Kopf das vorhandene Nichts sozialisieren möchten und der Sozialdemokratie Vorwürfe machen, wenn sie ihre Tollhauspolitik nicht mitmacht.

Die Produktion bedarf der Produktionsmittel und der Arbeiter. Kautsky sagt:

„Was die Arbeiter anbelangt, so ist neben der Erwerbslosenunterstützung auch eine Arbeitsvermittlung einzurichten, die sich über das ganze Reich ausdehnt und zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer sowie der Republik besteht. Diese Arbeitsvermittlung muß das Recht haben, für jeden Produktionszweig und jede Gegend Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten sowie sonstige Arbeitsbedingungen festzusetzen. Sie verweigert es, Betrieben Arbeiter zuzuwenden, die jene Festsetzungen ablehnen. Andererseits verliert ein Arbeiter seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, der sich ohne triftigen Grund weigert, Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, für den er vorgebildet ist und der die Arbeitsbedingungen der Arbeitsvermittlung anerkennt.“

Auch Kautsky tritt also für eine Arbeitspflicht ein, die mit Hilfe der Entziehung der Arbeitslosenunterstützung durchgeführt werden soll. Als jüngst die gegenwärtige Regierung sich auf den gleichen Standpunkt stellte, nannte die „Leipziger Volkszeitung“ das ein infames Ausnahmemaß gegen die Arbeiter und beschimpfte Ebert-Scheidemann in einer Weise, die man unter anständigen Leuten nicht wiederzugeben vermag. Aber Kautsky geht noch weiter und wendet sich scharf gegen die Streikaut. Er bezeichnet den Streik als ein unerlässliches Mittel gegen kapitalistische Ausbeutung in einem Staate, dessen Staatsgewalt in den Händen der Kapitalisten ist. Für einen Staat, in dem die politische Gewalt bei den Arbeitern liegt, will er das zerstörende Gewaltmittel des Streiks ausschalten und die Ansprüche der Arbeiter durch Methoden wahren, die den Produktionsprozeß weniger hemmen und stören. „Das ist namentlich wichtig heute, nachdem der Krieg Deutschland so

unendlich verarmt hat, daß jeder Streik doppelt verheerend wirkt.“

Als Abschluß der Kautskyschen Untersuchungen über die Sozialisierung darf man wohl folgenden Weisheitspruch ansehen:

„Gerade weil die Aufgabe so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich nicht im Handumdrehen durchführen, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung.“

Sowohl in dieser Auffassung des Sozialismus wie in Bekenntnis zur Demokratie ist die ganze Mehrheitssozialdemokratie auf Kautskys Seite.

Natürlich bleiben noch einige Punkte übrig, bei denen Meinungsverschiedenheiten bestehen. So lehnt Kautsky zwar die Enteignung der Bauern ab, will aber auf der anderen Seite nichts von der Innenkolonisation, der Schaffung neuer Bauernstellen auf Kosten des Großgrundbesitzes wissen. Aber diese Differenzen sind wahrhaftig nicht groß genug, um eine Zerreißung der proletarischen Bewegung zu rechtfertigen. Wenn die U. S. P. D. Kautskys Aktionsprogramm annimmt, und sich zugleich damit einverstanden erklärt, daß innerhalb der Parteio rganisation die Mehrheit entscheidet, dann gehört die Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung binnen kürzester Zeit der Vergangenheit an. Leider wird man sich nicht der Hoffnung hingeben dürfen, daß die Mehrheit der Unabhängigen, den verständigen Gedankengängen von Kautsky, Haase und Dittmann folgt, und leider haben diese bisher auch noch nie den Mut bewiesen, ihren Standpunkt entschlossen gegenüber den Gewaltanbetern und den schnell fertigen Enteignern kraftvoll zu wahren.

### Die Wahlen in Preußen.

Das Ergebnis der preussischen Wahlen kann kurz dahin zusammengefaßt werden, daß die preussische Nationalversammlung fast genau dieselben Mehrheitsverhältnisse aufweisen wird wie die reichsdeutsche. Wir haben in Preußen wie im Reich jetzt eine überragend starke sozialistische Mehrheit, die zwar nicht die absolute Mehrheit, auch nicht mit der kleinen linksstehenden unabhängigen Gruppe zusammen, anspricht, aber durch ihre Mächtigkeit und Geschlossenheit der Bildung jedweder gegen die Arbeiterchaft gerichteten Mehrheit hindernd im Weg steht.

Die Reaktionsäre aller Schattierungen zeigen plötzlich große Genügsamkeit. Sie jubeln bereits, weil sie nicht gänzlich von der Bildfläche verschwunden sind. Einstmals herrschten die Konservativen fast unumschränkt in Preußen, jetzt dünken ihnen eine 40 von 400 Mandaten bereits ein großer Erfolg ihrer Sache. Nur dem flachen Lande, ihrer eigentlichen Herrschaftsdomäne, sind die Konservativen gänzlich zusammengebrochen. Jedenfalls haben die Wahlen das neue Preußen als ein demokratisches Staatswesen gesichert. Zwischen ihm und dem alten Preußen wird in Zukunft nur noch die Namensgleichheit bestehen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen können von den 401 zu wählenden Abgeordneten als gewählt betrachtet werden:

Deutsche Demokratische Partei	60 Abg.
Deutsche Volkspartei	20 "
Zentrum	92 "
Deutsche Nationale Volkspartei	39 "
Mehrheitssozialisten	143 "
Unabhängige	2 "
Reifen	2 "
Bauernbund	1 "
Zusammen	380 Abg.

#### Einzelergebnisse.

**Westpreußen.** D. Dem. P. 129 321, Zentrum 77 147, D. Natl. Pp. 116 719, Mehrheitssoz. 141 714, Unabh. 21 687 Stimmen. Es fehlen noch einige größere Stimmbezirke. Sitzverteilung: D. Demokraten 5, Zentrum 2, Deutschnat. 4, Mehrheitssoz. 6 Sitze.

**Berlin.** Mehrheitssozialisten 343 000, Unabhängige 270 460, Deutsche Demokraten 143 751, Deutschnat. Volkspartei 99 202, Zentrum 52 853, Deutsche Volksp. 52 001, Soziale Reformpartei 14 Stimmen. Gegenüber den deutschen Nationalwahlen haben an Stimmen eingebürgert: Deutsche Volksp. 2300, Unabhängige 5500, Demokraten 20 000, Mehrheitssozialisten 22 000 Stimmen. Die Deutsch-Nationalen haben dagegen fast 7000 Stimmen gewonnen.

**Koblenz-Trier-Sigmaringen.** D. Dem. P. 111 634, Zentrum 454 980, D. Natl. Volksp. 23 814, Mehrheitssoz. 160 834 Stimmen.

#### Die heffischen Wahlen.

Nach dem bisher ermittelten Stimmverhältnis der Wahlen zur heffischen Landesversammlung dürften sich die

Mandate etwa folgendermaßen verteilen: D. Demokr. P. Nationalalb. 7, Zentrum 13, Konserv. 5, Mehrheitssoz. Unabh. 1 Abg.

Bei der Landtagswahl in Schwarzburg-Sonderhausen erhielten die Unabhängigen 23 970, Deutsche Demokratische Volkspartei 6341, Liste Schnobel 2206, Deutschnationale Volkspartei 5601 Stimmen. Bei verbundenen Listen der bürgerlichen Parteien sind voraussichtlich 10 sozialdemokratische 3 deutsche demokratische, 2 deutschnationale Abgeordnete Schnobel gewählt.

### Die provisorische Reichsverfassung

Der Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsverfassung lautet:

§ 1. Die verfassunggebende Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsangelegenheiten zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung bedarf nicht der Zustimmung des Reichstages, sondern der Zustimmung des Reichsausschusses.

In dem Staatenauschuss hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landesbewohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer vollen Million gerechnet wird. Kein Freistaat kann durch mehr als Drittel der Stimmen vertreten sein. Demgemäß sind Staatenauschuss vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 5, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen 2 und die übrigen Bundesstaaten mit einer Stimme.

Der Vorsitz im Staatenauschuss führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reich anschließt, so erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenauschuss mit einer durch Gesetz festzusetzenden Stimmzahl. Bis dahin nimmt es mit herabgesetzter Stimme teil.

Kommt eine Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Staatenauschuss nicht zustande, so kann jeder Teil bei Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung gelangen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenauschusses können an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen und jederzeit das Wort ergreifen, um die sich ihrer Regierungen zu vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Der Gebietsbestand eines Freistaates kann jedoch nur mit seiner Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommt ein Gesetz durch Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenauschuss zustande. Ist eine solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so der Präsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herzuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden Artikel 21, 23 und 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reichs werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beurlauben und zu empfangen. Kriegserklärungen und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsbeschluß.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsangelegenheit beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenauschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerverbund mit Ziele des Ausschusses oder geheimen Verträge beigetreten wird, bedürfen alle Verträge mit den in dem Völkerverbund einigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenauschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß der §§ 1 und 6 angeordneten Reichsgesetze und Verträge im Reichesblatt zu verkünden.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Seine Dauer bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, auf Grund der Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung der Zustimmung der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen, Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister.

Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

### Der Streit um die Kommandogewalt

Mit ihrem vom preussischen Kriegsministerium ausgesetzten Erlaß zur Neuordnung der militärischen Kommandogewalt hat die provisorische Regierung sich bis in die Reihen der





# Grosse Volksversammlungen

finden statt:

**Sonntag, 2. Februar 1919**

**Travemünde**, nachmittags 3 Uhr im Colosseum, Torstr. 1.  
Referenten: Bürgerschaftskandidaten **Stelling** und **Henze**.

**Krummesse**, 3 Uhr im Lokale des Herrn Koop, Z. Elbe-Trave-Kanal.  
Referent: Bürgerschaftskand. **J. H. Radden**

**Kronsförde-Büssau**, 3 Uhr im Saale des Herrn König  
Referent: Bürgerschaftskand. **W. Bromme**.

**Niendorf-Reeke**, 3 Uhr im Saale des Herrn Neckel  
Referent: Bürgerschaftskand. **E. Schermer**.

**Moorgarten**, nachmittags 3 1/2 Uhr im Wachholderkrug  
Refer.: Bürgerschaftskand. **Alfred Dreger**

**Nusse**, nachmittags 3 1/2 Uhr im Saale des Herrn Püst  
Refer.: Bürgerschaftskand. **Paul Löwigt**.

**Sierksrade**, nachm. 3 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Kahts  
Referent: Bürgerschaftskandidat **Paul Hoff**.

**Schattin**, nachmittags 3 1/2 Uhr im Saale des Herrn Ollmann  
Refer.: Bürgerschaftskand. **Herm. Voht**.

**Schönböcken**, nachmittags 3 Uhr im Steinrader Baum  
Referent: Genosse **Th. Vedder-Lübeck**.

**Montag, 3. Februar 1919**  
abends 7 1/2 Uhr

**Kücknitz-Siems-Hochofenwerk** im Saale des Herrn Diekelmann zu Kücknitz.  
Refer.: Bürgerschaftskand. **Fr. Mehrlein**.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft.
2. Freie Aussprache.

Wählerinnen und Wähler! Erscheint vollzählig in den Versammlungen, holt Euch Aufklärung über die Zukunft unseres Staatswesens!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, dem 1. Februar 1919  
abends 8 Uhr

Im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 59-52

- Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Abrechnung vom 4. Quartal 1918.
  3. Geschäftsbericht.
  4. Wahl von Generalversammlungsvorstehern u. sonstige Beschl.
  5. Beschlüsse.
- Der nächsten Tagesordnung halber wird nun recht zahlreiche Ercheinung ersucht.

Die Ortsverwaltung.

## Hausbesitzer in Stadt und Vorstädten!

Sorgt im Interesse unserer Kriegsverletzten **stets** für **sofortige** Beseitigung jeglicher Glätte auf den Bürgersteigen.

Streut reichlich Sand oder Asche nach Schneefall oder Frost.

8605) Lübecker Landesausschuß für Kriegsverletzte.

## HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Holstenstraße Lübeck

Ein preiswertes

### Sonder-Angebot

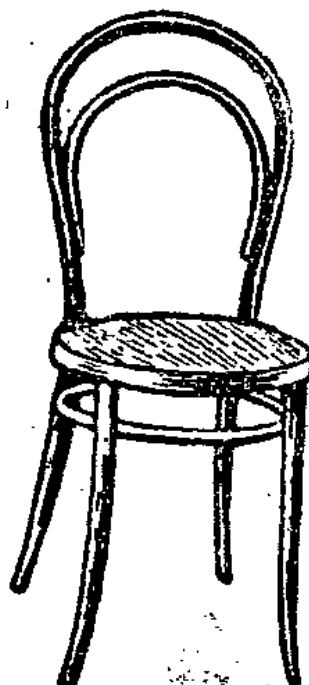
unserer Möbel-Abteilung

Wir stellen zum Verkauf:

ca. **800**

**Wiener Stühle**

in schwarz oder braun poliert



Ausnahme-Preis mit Ia. Rohrsitz

**16<sup>90</sup>**

Mark

Reiche Auswahl

preiswerter Wiener Bänke, Sessel u. Garnituren

### Gepolsterte Weidenmöbel

für Balkon, Veranda und Flur  
Garnituren, einzelne Sessel und Bänke

**weit unter Preis**

Altes Gold u. Silber wird gefasst. (8598)  
Job. Tollgreve, Goldschmied,  
92. Königstr. 92.

## AlleArbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

**Otto Albers**  
Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Mittel des Rath.-Sparv. Eubera

## Bilderleisten einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,  
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2806.

**Gemüsesamen**  
empfehl. Schelm & Wege,  
5901) Wengstr. 10.



**Blockwagen**  
in allen Größen, bis 8 St.  
Tagfahr. (859)  
C. Elisabeth Ww., Sandstr. 9.

## Holsten-Bank

Abteilung Lübeck (8595)  
Königstraße 57. — Schwartauer Allee 67a.  
Annahme von Spareinlagen.  
Eröffnung von Giro-Konten.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands  
Ortsgruppe Lübeck.

## Oeffentliche Versammlung

am Freitag, dem 31. Januar 1919

abends 8 Uhr

im grünen Saal des Stadttheaters, Bedergrube.

Tagesordnung:

„Die Bureauangestellten und die neue Zeit“.

Referent: Verbandssekretär **Brenke**, Berlin.

All. männlichen und weiblichen Bureauangestellten und Hilfsarbeiter bei den Behörden, Krankenkassen, Versicherungsgeellschaften, Rechtsanwälten, Industriebetrieben usw. sind herzlich eingeladen.

Verband der Bureauangestellten,  
Ortsgruppe Lübeck.

## Versammlung

der  
Bauerlicher-Gewerkschaft  
Stichtag, Grund  
am Freitag, dem 31. Jan  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung  
Wahl des Gesamtvorstan  
Die vom Militär entla  
Mitglieder werden erlich  
dieser Versammlung zu er  
wünschte Anmeldung  
(612) Der Vorstan

Sozialdemokratischer V  
Schwartau-Rensefeld

Mitglieder-Versamm  
am Freitag, dem 31. Jan  
abends 7 Uhr  
im Lokale des Herrn W. Hilg  
(Waldhof Frankental).

Um zahlreiche Erscheinen  
8798) Der Vorstan

Turnverein „Freib  
Seeretz.

Sonntag, den 2. Februar  
Gr. Masken-B  
im Lokale des Herrn E. Co  
Anfang 6 Uhr. Maskenug 7  
Stierzu lobet freundschaft  
8818) Das Fest-Komitee

Konzerthaus Fünfhaus  
Donnerstag, 30. Januar  
Großes Kappent  
Anfang 6 Uhr.  
A. Neumann

**E. K. Diele**  
Beckergrube 22. Tel. 17.  
Einziges Original  
Bauernschänk  
Lübeck!

## Marmorsaal

Auf vielfachen Wunsch  
zum achten Male.  
Freitag, den 31. Januar, 8 Uhr  
Bunter Ernst-Albert-Aben  
mit allen lokalen und zeit  
gemäßen Schlägern.  
Vorverkauf: Musikalienhdl  
Ernst Robert, Breite Str. 2  
3., 2., 1. — M. (858)

## Hansa-Theater

Donnerstag, abends 7 Uhr  
Der verliebte Herzog  
Operette von Jean Gilbert.  
Nepomuk: Edgar Pauly a. C.  
Freitag: (85  
Die Csardasfürstin  
mit Edgar Pauly als Gast.  
Sonabend:  
Die lustige Witwe  
mit Edgar Pauly als Gast.

## Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918/19.  
Donnerstag, den 30. Januar  
für die Schauspielgemeinde.  
Grüne Karten.  
Demetrius.  
Freitag, den 31. Januar:  
Die verkaufte Braut.  
Sonabend, den 1. Februar  
Wilhelm Tell.  
Sonntag, den 2. Februar:  
Nachmittags 8 Uhr:  
Die Lokalbahn.  
Abends 7 Uhr:  
Die verkaufte Braut.



